

Entscheidungsfelder der Zukunft Berlin im interregionalen Vergleich

Eberhard v. Einem
Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin

"Today, knowledge in all its forms plays
a crucial role in economic processes.
Nations which develop and manage effectively
their knowledge assets perform better.
Firms with more knowledge systematically
outperform those with less. Individuals
with more knowledge get better paid jobs."

**The OECD Jobs Strategy,
Technology, Productivity and Job Creation**
Vol. 1, Paris, 1996, p 13

"Wer saniert den VEB Berlin ?"
Mechthild Küpper, **Süddeutsche Zeitung**, 16. Okt. 1998

1. Ach Berlin

Ach Berlin: Labor, kreativer Sumpf, Baustelle, stets im Werden, nie am Ziel. Fata morgana: Am Horizont scheint sich schon die bessere Zukunft anzukündigen, täuschend und zum Greifen nah.

Ach Berlin, die Stadt ist launisch - mit kurzem Gedächtnis: Mal himmelhoch jauchzend, mal zu Tode betrübt. Man muß die Stadt einfach lieben und dennoch schüttelt man den Kopf angesichts ihrer stadtneurotischen Mischung aus Minderwertigkeitskomplex und Größenwahn. Immer wieder nimmt die Stadt Anlauf zu neuen Höhenflügen: Ost-West Metropole - Olympia - Potsdamer Platz - BioRegio - Internationaler Großflughafen. Immer wieder holt die bittere Realität die Stadt ein: Berlin patzt.

Auf der Sonnenseite - dem staunenden Publikum vorgeführt - sind zunächst hunderte von Bauvorhaben zu nennen, die das Bild der Stadt nachhaltig verändern. Grundsteine werden gelegt; Kräne drehen sich. 208 Mrd. DM, eine unvorstellbare Summe, sollen verbaut werden. ¹

¹ Für Berlin ist dies eine Chance, kommen sie doch einem regionalen Konjunktursonderprogramm gleich, das das Baugewerbe und damit indirekt die Nachfrage nach vorgelagerten Waren und Diensten sowie den Konsum expandieren lassen müßte. Tatsächlich ist dieser Effekt auch eingetreten, bisher allerdings schwächer, als berechnet. So haben sich die Beschäftigtenzahlen im Baugewerbe zwischen 1989 und 1994 um knapp 50 % erhöht. Seit 1995 nimmt die Beschäftigten-

Im Zentrum der Stadt wächst unübersehbar das neue Regierungsviertel und im Gefolge der Regierung kommen andere: Medien, ausländische Vertretungen, Verbände, Stiftungen, Banken, internationale Werbeagenturen, Anwaltskanzleien und Unternehmensberater. Debis, Sony, BBC und andere beziehen ihre Quartiere. Neue Gesichter bereichern die Berliner Gesellschaft. Es sind nicht mehr nur die Kulturszene und die Außenseiter, die sich in Berlin zu Hause fühlen; zunehmend sind es Repräsentanten der politischen Macht und - mit Abstand - auch des Kapitals, die von Berlin angezogen sind. Die Gemeinde der Berlinbegeisterten rundet sich. Berlin verspricht damit einer der Orte zu werden, an dem die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten aufeinandertreffen, dies ist - so der britische Stadthistoriker Anthony Sutcliffe - das charakteristische Amalgam einer jeden Metropole.

Auf der Schattenseite trüben hartnäckige Probleme das Bild: Die ostberliner Industrie ist - einschließlich ihrer ehemals ausgedehnten Forschungs- und Entwicklungskapazitäten - weitgehend zusammengebrochen; Teile wurden privatisiert, um von niedrigerem Niveau aus einen Neuanfang zu versuchen. Westberlin blieb die Abwicklung erspart, wie sie dem Ostteil zugemutet wurde. Gleichwohl schrumpft die westberliner Industrie; ein Teil der Industriebetriebe wandert - ähnlich wie die besserverdienenden Familien mit Kindern - über die Stadtgrenze ins Umland oder gründet Zweigwerke für einfache lohnintensive Fertigungen in Osteuropa. Die Dienstleistungen, die nach 1991 kräftig expandierten, können diesen Verlusten gleichwohl nicht genügend neue Arbeitsplätze entgensetzen; in den letzten Jahren stagnierte - wider alle Erwartungen - die Dienstleistungsbeschäftigung; in den Dienstleistungssektoren entstehen nicht genügend neue Arbeitsplätze. 280.000 Arbeitslose sind Berlins Menetekel; das soziale Netz hält zwar noch; aber neue Formen der Armut greifen um sich, unter Langzeitarbeitslosen, Familien mit Kindern und Ausländern. Hinzu kommt, daß Lehrstellen fehlen, obwohl die Arbeitsverwaltung sich jährlich neu bemüht, die Betriebe zu mehr Ausbildung zu überreden. 54.000 Jugendliche leben von der Sozialhilfe - ein Skandal, Perspektivlosigkeit macht sie anfällig z.B. für radikale Milieus.

Ach Berlin, wie schön wäre es, die Augen zu schließen, einfach der Werbung zu glauben und mit ihr abzuheben, den Blick nach vorn; gedanklich schon im 21. Jahrhundert, endlich loslegen, am besten 100 Projekte gleichzeitig anschieben und dann folgt - nach einer langen Pause - das alles erschlagende Argument, das als Damoklesschwert drohend über der Stadt hängt: nicht finanzierbar ! Unabweisbar blockiert das Kostenargument sämtliche möglichen, ja vernünftigen und notwendigen Änderungen. Gleichermaßen profan und unnachsichtig weist es jeden Reformen in die Schranken des Haushaltsrechts. Mehltau legt sich über die Stadt.

zahl allerdings wieder ab, d.h. Berlin hat vom Investitionsboom nur teilweise profitieren können.

Berlins Antwort auf den von Roman Herzog eingeforderten "Ruck", der durch das Land gehen müsse, steht noch aus. Wo ist die alle mitreißende Rede des Regierenden Bürgermeisters, die eine überzeugende Vision skizziert und den Weg weist, eine Rede, die sich z.B. mit derjenigen messen könnte, die Klaus v. Dohnanyi Mitte der 80er Jahre, vor dem Überseeclub zu Hamburg hielt, um die damals im Süd-Nord Gefälle benachteiligt erscheinende Hansestadt auf ihre Zukunftschancen als modernes Dienstleistungszentrum und Tor zur sich vernetzenden globalisierten Welt einzuschwören - wohlge-merkt zusammen mit ihrem holsteinischen und niedersächsischen Umland ?

Berlin hat seine Jammerecken: Ermattet und resigniert, stecken nicht wenige den Kopf in den märkischen Sand und geben sich widerstandslos der allgemeinen Konzept- und Ideenlosigkeit hin: Wer pleite ist, kann sich auch den Luxus des Nachdenkens über die Zukünfte der Stadt sparen: leere Kassen - leere Köpfe !!

Stillstand aber kann sich Berlin am wenigsten leisten, zumal wenn sich die Welt im globalen Maßstab in immer kürzeren Zyklen verändert. Berlin verliert Zeit. Gemessen an anderen Großstädten Europas ist Berlin Nachzügler; der Stadt stehen die Grausamkeiten des Umsteuerns noch bevor und sie gehen weit über die zwar vorrangige - aber andere Reformen nicht ersetzende - Haushaltssanierung hinaus. Wenn auch noch vage und oft verdrängt, im Grunde kennt jeder, der es wissen will, die anstehenden Hausaufgaben, die Berlin (und der Bund) zu machen haben; umzusetzen ist eine policy mix aus Angebots- und Nachfragefaktoren:

- Realisierung der verschleppten Verwaltungsreform und Konzentration auf wenige, aber effektiv auch leistbare öffentliche Aufgaben,
- Dezentralisierung der Aufgaben in Verbindung mit intelligenten Modellen der Privatisierung, selektive Ausgründung und subsidiäre Auslagerung auf zivilgesellschaftliche Träger, wie Vereine, Stiftungen, gemeinnützige Gesellschaften, Genossenschaften und andere halbstaatliche Einrichtungen,
- Weitere Einschnitte beim Abbau des Personalüberhangs der öffentlichen Verwaltung,
- Sichtung und Lichtung der Förderprogramme,
- Abbau der Subventionen für den Wohnungsbau, die Berlins finanzielle Handlungsfähigkeit einschnüren,
- Abbau überflüssiger und überkomplexer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Sinne einer selektiven, sozial ausgewogenen Deregulierung, von der zwar immer geredet wird, die aber nicht vorankommt,
- Einbindung der Banken (Venture Capital, vereinfachte Darlehen, Bürgschaften) in ihre Verantwortung bei der Finanzierung junger Unternehmen, die die wichtigste Hoffnung für die breitenwirksame (nicht nur punktuelle) Schaffung neuer Arbeitsplätze bilden,

- Liberalisierung der Handwerksordnung und größere Gewerbefreiheit für deutsche und ausländische neue Selbständige,
- Ausbau, statt Streichung der Hochschuletats, Förderung der universitären Forschung und der Industrieforschung,
- "Centers of Excellence" und regionale Vernetzung in ausgewählten Technologiefeldern,
- Berufliche Aus- und Fortbildungsangebote, statt inhaltsleere Überbrückungs- und Beschäftigungsmaßnahmen, um gering- oder falsch qualifizierte Menschen auf den 1. Arbeitsmarkt vorzubereiten,
- Modellprojekte zum Kombilohn, um im Niedriglohnsegment Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen,
- Soziale Hilfen für am Rand stehende (unvollständige) Familien mit Kindern,
- Liberale Einwanderungspolitik und wirksame Integration ausländischer Familien,
- ökologischer und sozialer Stadtumbau und
- Stabilisierung der Stadtquartiere durch komplementäre Maßnahmen.

Noch immer verweigern sich zu viele der Einsicht, daß Berlin diese Schritte auch umsetzen muß und zwar weitgehend ohne neue Finanzhilfen, also ein Neuanfang "aus eigener Kraft", wie ihn Meinolf Dierkes empfahl, ² um die Vorteile Berlins freizusetzen und die Potentiale zu aktivieren, mit denen die Stadt und ihr Umland im 21. Jahrhundert bestehen können.

2. Metropolen des 21. Jahrhunderts - Knoten der Wissensgesellschaft

Gibt es - heute erkennbare - Merkmale, die erfolgreiche Stadtregionen des 21. Jahrhunderts ausmachen ?

Es gibt nicht zu überhörende Stimmen, die beharrlich behaupten: Die europäische Stadt, wie wir sie bisher kannten, werde es in Zukunft nicht zuletzt dank neuer Informations- und Kommunikationstechnologien nicht mehr geben. Diese Auguren sind überzeugt, daß die neuen Techniken unsere Wohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse und damit auch unsere Städte und die Landschaft komplett umgestalten werden.

Historisch gesehen waren Städte zum einen Orte der (militärischen) Herrschaft und der Repräsentation, zum anderen der Produktion und des Handels. Zugleich waren sie Kreuzungspunkte der Informationsflüsse. Sie waren Orte des Wissens und der Wissenschaften, an denen Neues gedacht und ausprobiert wurde. Macht und Repräsentation

² So die zentrale Botschaft des von der Grundkreditbank herausgegebenen und vom WZB, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin 1995 erarbeiteten Leitbildes

versammeln sich noch heute in der Stadt. Produktion und Handel haben die Städte dagegen - zumindest teilweise - verlassen; die offene Frage ist, ob Städte auch als Ort der Wissensgenerierung künftig ausgedient haben.

Vieles spricht aber dennoch dafür, daß sich auch künftig wenig an dem Grundprinzip ändern wird, nach dem Städte und insbesondere Metropolen dank ihrer Ansammlung der verschiedensten Menschen "Wissen" und "Wissensvorsprünge" bieten und dies auch dann, wenn dank Internet und Datenbanken Informationen weltweit in Echtzeit abrufbar sind und eine weltweite Vernetzung über on line Verbindungen oder Satelliten möglich ist. Warum bleibt das in Köpfen gespeicherte Wissen, das örtlich gebündelte know how über Technologien, Märkte, rechtliche und institutionellen Rahmenbedingungen weiter entscheidend? Warum ist Wissen (knowledge) trotz quasi zeit- und raumunabhängiger Datenzugänge dennoch entscheidend, wo doch der Informationstransfer ganz offenbar kein Engpaß mehr ist?

Was David Ricardo im 19. Jahrhundert anhand der unterschiedlichen Bodenfruchtbarkeit zu erklären versuchte, daß nämlich Bodenrenten als Differenz der Ernteerträge der besseren Böden gegenüber den schlechtesten Böden zu interpretieren sind, gilt auch für die Informationsgesellschaft. Bei sich verkürzenden Produktzyklen, kommt es auf den zeitlichen Wissensvorsprung an ... und dieser Vorsprung ist zunehmend nur noch bei solchen Hintergrundinformationen zu erwarten, die entweder noch nicht publiziert, noch nicht im Internet abrufbar oder die prinzipiell nicht digitalisierbar sind. "The computer is a leveller" heißt es in England; was soviel besagt wie: Informationen, die über Bildschirm abrufbar sind, sind ubiquitär und damit quasi Allgemeingut. Der Wissensvorsprung, der relative Vorteil, ist genau in diesem Augenblick bereits dahingeschmolzen; deshalb gilt es, jenes Wissen regional zu bündeln, das nicht oder noch nicht über Computer und Datennetze abrufbar ist, um schneller und umfassender informiert zu sein als der Computer.

Damit wird entwicklungsbestimmend, ob und wann eigentlich entscheidungsrelevante Daten ins Datennetz kommen; ob und für wen sind sie zugänglich sind? Geschioeht dies mit der notwendigen Aktualität? Zu bedenken bleibt: Spezialisierte Daten sind teuer und damit nicht für jederman erschwinglich. Wie findet man seinen Weg durch die Datenberge (information overload)? Wie läßt sich die Komplexität soweit reduzieren, um die wenigen wirklich entscheidenden Eckdaten aus der Informationsflut herauszufiltern?

Obwohl digitalisierbare Informationen zunehmend über Bildschirm, Glasfaserkabel oder Datenbanken verfügbar und damit immer weniger eine knappe Ressource sind, gilt dies nicht für Wissen, Kompetenz und know how, ein Unterschied, auf dem z.B. der fran-

zöische Wissenschaftssoziologe Jacques de Band insistiert. Letztere konzentrieren sich in hohem Maße gebündelt an wenigen Orten der Welt.

Folgt man Ulrich Becks Diagnose der Risikogesellschaft, so bedarf es zur Beherrschung und Abwägung der zunehmend instabilen Rahmenbedingungen nicht nur aktueller Daten und präziser Informationen - sie sind eine nicht hinreichende Bedingung -, sondern in erheblichem Maße know how und Problemwissen zum rechtzeitigen Erkennen und Bewerten der Zusammenhänge. Um Informationen in Wissen umzuformen, kommt es auf fächerübergreifende Breite, Dichte, Aktualität und Tiefe des Hintergrundwissens über Ursachen und Wirkungen an. Sie erst befähigen zur Interpretation nackter Daten.

Präzises und aktuelles Wissen, vor allem Hintergrundwissen, intime Kenntnisse über Kapazitäten und Leistungsfähigkeit, Marktentwicklungen, Gesetze, Gebräuche und soziale Bedingungen im In- und Ausland bleiben ein Engpaß. Diese Aufgabe erfordert "Wissen" - im Sinne von "knowledge", interdisziplinäres Problemwissen, Sozialkompetenz sowie die Fähigkeit, Sachverhalte im Kontext zu "reflektieren" und im Zusammenhang anderer Informationen daraufhin zu beurteilen, ob und in welcher Weise sie entscheidungsrelevant sind. Anthony Giddens, Berater Tony Blairs von der London School of Economics, bezeichnet dies als die Fähigkeit zur interagierenden Reflexivität und Michael Storper, University of California at Los Angeles, reformuliert mit diesem Ansatz die klassische Theorie der Agglomerationsvorteile großer Städte, weil diese Kompetenz vorzugsweise in den Metropolen lokalisiert ist, die die Hochqualifizierten als Wohn- und Arbeitsstandorte preferrieren.

Mit anderen Worten: Daten und Informationen sind wichtig, aber sie sind nicht alles. Sie nehmen insbesondere niemandem die Aufgabe ab, die Daten zu bewerten, Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Alles dies sind Eigenschaften, die der Computer dem menschlichen Hirn nicht abnimmt. Computer sind Hilfsmittel und ohne ihre Rechnerkapazität, große Datenmengen schnell aufzubereiten, sind fundierte Entscheidungen sicherlich nicht mehr möglich: Wie aber Daten zu interpretieren sind, welche Schlußfolgerungen aus ihnen zu ziehen sind, diese Kompetenzen sind regional höchst unterschiedlich verteilt; sie sind hochgradig konzentriert in wenigen Köpfen und diese Menschen bevorzugen bestimmte Regionen, die sich zu Knotenpunkten der Wissensgesellschaft entwickeln. Im polyzentralen Städtesystem Deutschlands ist die Region Berlin geradezu prädestiniert, einer dieser Knotenpunkte der Wissensgesellschaft zu werden.

Am Potential des regionalen know hows, am Maß der regional verfügbaren Kreativität und Kompetenz entscheidet sich letztlich die Zukunft von Stadtregionen.

Im Unterschied zur Politik, kennen viele Unternehmen diesen Zusammenhang inzwischen und investieren folgerichtig in die Personalentwicklung ihrer Kernmannschaft.

Ihnen ist klar, daß diese Fähigkeit des reflexiven, schnellen und vorurteilsfreien Denkens in Köpfen, in privaten und öffentlichen Institutionen und in regionalen Netzwerken verortet ist. Dazu zählt auch ihre Lernfähigkeit und Offenheit für die rasche Adaption andernorts generierten Wissens, denn nicht in jeder Region kann alles neu erfunden werden. Sie bewerten deshalb, bevor sie einen neuen Standort auswählen, nicht mehr nur die Infrastruktur, die Lage und die Qualifikationsstruktur regionaler Arbeitsmärkte nach formalen Kriterien (wie Hochschul- und Berufsabschlüsse), sondern auch nach Kreativität und Flexibilität der politischen sowie der administrativen Entscheidungsstrukturen, hoffend, daß sie sich mit ihrer Standortwahl quasi in ein - von ihnen nicht bestimmtes - regionales Netzwerk interagierender Reflexivität einklinken können, um vom Austausch mit anderen zu profitieren (externe Effekte). Lernfähige Regionen, die von offenen, neugierigen "learning institutions" bestimmt werden, deren Akteure untereinander vernetzt sind und die sich gegenseitig helfen, neue Entwicklungen, die andernorts ausprobiert wurden, schnell zu übernehmen, sind im Vorteil.

3. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit

Bisher war von der Umwelt noch nicht die Rede und tatsächlich ist es ein gravierender Mangel, daß sich die von Ökonomen beherrschten Regionalwissenschaften lange nicht um das Thema Ökologie gekümmert haben, obwohl spätestens seit der Konferenz von Rio 1992 das Thema "Nachhaltigkeit" - dies eine etwas unglückliche Übersetzung des englischen Begriffs "sustainability" - auf der Tagesordnung steht.³

Auch "Nachhaltigkeit" oder "Sustainability" ist auf Wissen angewiesen. Getragen von der Sorge um die nachteiligen Auswirkungen ungebremsster Wachstumsdynamik und der dadurch ausgelösten Umweltschäden im Hinblick auf Klimaveränderung, den Zustand der Wälder, der Meere, des Grundwassers, die Endlichkeit der fossilen Energievorräte und den Landschaftsverbrauch, wird die Frage nach der ökologischen "Zukunftsfähigkeit" Deutschlands gestellt. "Sustainability" geht aber in seiner Bedeutung über die Vermeidung ökologischer Schäden und das Schließen von Stoffkreisläufen hinaus.⁴

³ Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat dazu jüngst eine Zukunftskommission im Sinne der "Agenda 21" ins Leben gerufen.

⁴ Seit der Konferenz von Rio ist international grundsätzlich anerkannt, daß die Erreichung von Umweltschutzziele ohne gleichzeitige wirtschaftliche Entwicklung und ohne sozialen Ausgleich nicht möglich sei. Hier zeigt sich die doppelte Bedeutung des Begriffs "sustainability", der im Sinne von **Bewahrung durch Entwicklung** verwandt wird. Die drei Ziele der nachhaltigen Regionalentwicklung, die ökologischen, die ökonomischen und die sozialen Ziele sollten gegeneinander abgewogen werden. Nicht auf Addition, sondern auf Ausgleich kommt es an.

Wer heute eine Strategie zur nachhaltigen Regionalentwicklung der Region Berlin-Brandenburg entwerfen will, braucht gleichermaßen Antworten in drei Problemfeldern:

- Ökologisch: Wie können Stoffkreisläufe auf regionaler Ebene organisiert werden ? Wie kann Verkehr reduziert werden ? Wie wird der Verbrauch von Energie, Wasser oder Boden eingedämmt ? Wie können die Umweltsünden der Vergangenheit saniert (Konversionsflächen, Industriebrachen, Deponien, Altlasten, Renaturierung) und künftige vorbeugend vermieden werden ? ⁵
- Ökonomisch: Was kann die künftige wirtschaftliche Basis der Region für eine "sich selbst tragende" Entwicklung "aus eigener Kraft" sein ? In welchen Nischen sind die dringend erforderlichen Ersatzarbeitsplätze zu erwarten und wie kann dies gefördert werden ?
- Sozial: Wie kann soziale Gerechtigkeit erreicht und "nachhaltig" stabilisiert werden ? Welche Perspektiven kann die Politik insbesondere deutschen und ausländischen Jugendlichen geben ? ⁶

Wollte man nur einzelne dieser drei Fragenkomplexen herausgreifen, bliebe jede regionale Strategie unvollständig; sie wäre nicht "sustainable". Partialantworten helfen nicht

⁵ In ökonomischer, städtebaulicher und ökologischer Hinsicht wirken sich die auf Segregation angelegten Wanderungen der Haushalte ins sowie die Neuorientierung des Gewerbes (verarbeitendes Gewerbe, Handwerk, Speditionen, Einzelhandel, konsumbezogene Dienste) auf das Umland von Berlin als verkehrserzeugende Stadtexpansion aus. Berlin legt sich einen brandenburgischen Speckgürtel am Berliner Ring zu, dessen Erschließung weitgehend auf den PKW- und LKW Verkehr angewiesen ist (ein konkurrenzfähiger öffentlicher Nahverkehr in der Region befindet sich noch im Aufbau). Zum einen heizt dies - entgegen den Zielen der Agenda 21 - den Flächenverbrauch an und verhindert die Zielerreichung bei der angestrebten Schadstoffreduzierung. Zum anderen wird die Stadt zum Verlierer bei den Lohn-, Einkommens- und Gewerbesteuerereinnahmen, während ihr die Kosten für die Vorhaltung oberzentraler Infrastrukturen, aber auch die Sozialhilfekosten der in der Stadt zurückbleibenden, überproportional von Arbeitslosigkeit betroffenen, Menschen aufgebürdet werden.

⁶ Fehlende Aus- und Fortbildungsplätze und damit Zukunftsperspektiven, z.B. für arbeitslose Jugendliche, sind u.a. eine Folge überkommener starrer Ausbildungsordnungen und des zu langsamen wirtschaftlichen Strukturwandels. Angesichts der haushaltspolitischen Restriktionen des Landes Berlin, aber auch des Bundes (Bundesanstalt für Arbeit), scheinen der Politik die Möglichkeiten genommen, diesem Trend wirkungsvoll und dauerhaft gegenzusteuern. Für Jugendliche verdunkelt sich der Horizont, was diese wiederum in (gewaltverherrlichende oder rechtsradikale) Submilieus abdrängt und die Jugendkriminalität ansteigen läßt. Jugendheime/-clubs werden geschlossen, bei der Sozialarbeit gespart, während gleichzeitig konventionelle Konzepte der Jugendarbeit nicht mehr greifen. Diese Probleme kumulieren in einigen Stadtquartieren, u.a. in den Großsiedlungen und in bestimmten Innensstadtvierteln im Niedergang.

weiter, bleiben Stückwerk. Komplexes, auf Ganzheitlichkeit abzielendes Denken ist die Voraussetzung.

Diese Überlegungen haben eminente Implikationen für das zukünftig erforderliche Qualifikationsprofil der Stadt. Sie bedeuten nicht mehr und nicht weniger als die Quadratur der Anforderungen an das Wissen: Das Spektrum der Qualifikationsanforderungen kann dabei nicht in den traditionellen Fächergrenzen gedacht werden. Sie müssen breiter und gleichzeitig tiefer ausgerichtet sein. Hochspezialisierte Fachleute, z.B. Naturwissenschaftler, können Beiträge liefern. Jede Strategie der nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung bedarf aber der querschnittsartigen Integration der Fachbeiträge; d.h. eine Politik, die Berlin "nachhaltig zukunftsfähig" macht, bedarf multidisziplinär ausgerichteter Konzepte. Sie fordert einen breiten fächerübergreifenden Horizont. Da die Probleme miteinander verflochten sind, wird zu ihrer Bewältigung in Wirtschaft und Gesellschaft, Politik und Verwaltung Wissen aus mehreren Fachgebieten benötigt: Problemwissen über wirtschaftliche, soziale und ökologische Zusammenhänge, verbunden mit genauen Kenntnissen der rechtlichen und der finanziellen Instrumente, die heute - mehr denn je - durch Brüssel gesetzt werden. Ferner bedarf es der Fähigkeit, Konzepte in Zusammenarbeit mit allen politischen Institutionen sowie mit den beteiligten Unternehmen und ehrenamtlich tätigen Bürgern im Sinne eines zielgerichteten aktiv moderierenden Quartiers-, Stadt- und Regionalmanagements umzusetzen.

4. Berlin - kein Vorreiter in Europa

Innerhalb Deutschlands gehört Berlin zwar wieder in die Spitzengruppe der Städte, ohne allerdings die Stellung anderer Großstädte schon erreicht zu haben, obwohl sich die Attraktivität der Stadt seit 1990 dank seiner künftigen Rolle als Hauptstadt in Verbindung mit dem wiedergewonnenen wasser- und waldreichen brandenburgischen Umland, seiner reichen Kulturszene und den kreativen sozialen Milieus entscheidend verbessert hat.

- Frankfurt behält seine Rolle als als Macht- und Entscheidungszentrum der Wirtschaft, europäisches Bankenzentrum nach London und Paris, aber auch als Handels- und Messestandort mit besten Verkehrsanbindungen, die ihre klare Dominanz im polyzentralen Städtensystem der Bundesrepublik begründet. Im Unterschied zu Berlin ist die Stadt bereits Standort wissensintensiver Dienstleistungen mit Verflechtungen zu ihrem industriellen Hinterland beiderseits von Rhein und Main.
- München hat die erwartete Konversionskrise nach der drastischen Reduzierung militärischer Beschaffungsprogramme weitgehend überstanden und hält seinen

Vorsprung in der Forschung und Entwicklung neuer Techniken und High Tech Felder. Dank landschaftlicher Vorzüge, dank der Vermeidung gravierender Umweltsünden und dank des gezielten Ausbaus des Kulturbereichs zieht die Region - trotz hoher Wohn- und Lebenshaltungskosten - weiter hochqualifizierte Beschäftigte und deren Familien aus allen Teilen Deutschlands an, um ihre Wissensbasis zu stärken.

Wenn man Berlin mit anderen europäischen Großstädten vergleicht, so fällt auf, daß diese in ihren Konzepten und Strategien andere Schwerpunkte setzen und hinsichtlich der Modernisierung überkommener Strukturen offenbar weiter sind.

- London hat - 12 Jahre nach dem "big bang" - die harten Jahre des Thatcherismus hinter sich. Wenn auch um den Preis größerer Ungleichheit und Polarisierung scheint die Stadt ihr Arbeitslosenproblem entschärft; denn Bedarf an Arbeitskräften steigt; im Segment der Hochqualifizierten herrscht bereits wieder Arbeitskräfteknappheit. Beim Übergang zur Wissensgesellschaft hat London eine europaweite Führungsposition ⁷. Allerdings hält sich die Arbeitslosigkeit unter den schlecht Ausgebildeten, vor allem in einigen Stadtquartieren mit hohen Einwandereranteilen hartnäckig, die sich damit von der allgemeinen Arbeitsmarktentwicklung abgekoppelt haben. Ein Schwerpunkt sind deshalb Job Training Programme für britische und ausländische Jugendliche, die sich u.a. am deutschen dualen Ausbildungssystem orientieren und die sichtbar greifen. Sie schaffen Perspektiven und vereinfachen die Übergänge in den ersten Arbeitsmarkt für Jugendliche.
- Madrid erlebte nach Ende des Franco-Regimes geradezu eine Explosion an Ideen und neuen unternehmerischen, sozialen und kulturellen Initiativen, um dieses ehemals rückständige Land mit der höchsten Arbeitslosigkeit des Kontinents schrittweise an Europa heranzuführen. (Kein Volk scheint europabegeisterter als die Spanier). Eine boomende Wirtschaft und eine quirlige experimentierfreudige Kulturszene legten die neue Basis für hohe Beschäftigtenzuwächse und heizen den Aufholprozeß an.
- Rotterdam, lange im Schatten von Amsterdam, erlebt - gestützt auf seinen Hafen einen anhaltenden Aufschwung, indem die Stadt ihren Standortvorteil, wichtigster Hafen und damit Europas Scharnier zur Welt zu sein, als Anreiz zur Neugrün-

⁷ Als Indikator kann die Zahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen (nach der Herkunft der Autoren) dienen: Institute der Region London zählen jährlich 65.000 wissenschaftliche Publikationen, gegenüber 20.000 aus Berlin und 16.000 aus München.

derung hafenbezogener Betriebe nutzt. Die Stadt Rotterdam verweist auf das starke Wachstum der an den Hafen angelagerter weiterverarbeitenden Industrien und Distributionsdienste (value added distribution) - Auch hier ist die Arbeitsplatzbilanz inzwischen weitaus besser als vor 10 Jahren.

- Wien, wie Berlin an der Grenze zu Südosteuropa, erlebt starke Zuwanderung insbesondere aus den Krisengebieten des ehemaligen Jugoslawien, die die Stadt zu einer Reform ihrer Ausländerpolitik mit Akzentuierung eines stärkeren interkulturellen Charakters veranlaßte. Ziel ist, gut ausgebildeten, dynamischen Haushalten unter ihnen Berufs- und Aufstiegsmöglichkeiten in Wien zu eröffnen. Die offene Haltung Wiens gegenüber Südosteuropa bildet die Grundlage für den Wandel Wiens zu einer Weltstadt, der sich in der Ansiedlung internationaler Organisationen, in zunehmendem Geschäftsverkehr und im Handelsaustausch niederschlägt.

Sucht man nach Erklärungen, so darf man unterstellen, daß ein ganzes Bündel an Faktoren in Betracht kommt, um zu verstehen, warum sich einzelne Stadtregionen dynamischer, andere langsamer entwickeln.⁸

Allerdings fällt eines auf: In allen europäischen Ländern orientiert sich die Stadt- und Regionalpolitik an Konzepten, die in anglo-amerikanischen Fachzeitschriften diskutiert werden. Dies gilt nicht nur in England, sondern auch in den Niederlanden, in Skandinavien, Südeuropa, Osteuropa und - mehr und mehr auch in Frankreich, der Schweiz und Österreich. Berlin (und Deutschland) klammern sich weitgehend aus. Die Bibliotheken bestellen englischsprachige Fachzeitschriften ab; deutsche Stadt- und Regionalwissenschaftler sind auf internationalen Tagungen - auffälligerweise - kaum vertreten. Das Publizieren in englischsprachigen Zeitschriften ist eher die Ausnahme. Berlin (und andere Städte) geht damit know how verloren; sie isolieren sich unnötigerweise.

In den anglo-amerikanisch beeinflussten Ländern gibt es seit Jahrzehnten eine äußerst breite stadt- und regionalökonomische/-politische Fachdebatte, die zahlreiche neue Theorieansätze hervorgebracht hat.⁹ Darüberhinaus gibt es eingespielte Verfahren der

⁸ Diese Frage treibt die empirische Stadt- und Regionalforschung seit mehr als 100 Jahren an. Dennoch kann sie - angesichts rivalisierender Theorien - bis heute nicht befriedigend beantwortet werden.

⁹ In den letzten 20 Jahren wurden z.B. folgende Theorien vorgestellt oder weiterentwickelt: Produktzyklentheorie (Vernon), Theorie der zweiten industriellen Arbeitsteilung (Piore/Sable), Theorie der innovationsorientierten Regionalpolitik (Ewers/Wettmann, Tödtling), Theorie der regionalen Vernetzung und Cluster (Marshall, Sable), Theorie der flexiblen Spezialisierung (Hall/Markusen/Glasmeier), Theorien der räumlichen Einbindung (Grabher), Theorie der endoge-

empirischen Evaluierung von Förderprogrammen und Gesetzen sowie der Politikberatung in Fragen der Stadt- und Regionalpolitik durch sog. public policy Institute, die ursprünglich als verwaltungswissenschaftliches Pendant der Business Administration Schools eingerichtet wurden. Sie tragen erheblich zur Versachlichung der fachlichen und öffentlichen Debatte bei, da ihre Studien sowohl in die Berichterstattung der Medien, als auch in Reformen der Regierung und insbesondere der EU in Brüssel einfließen und damit durchaus einflußreich sind. Public policy (policy = Strategien, Programme, Maßnahmen) wird als empirische Wissenschaft verstanden, um zu ermitteln, mit welchen Strategien, Programmen, Gesetzen und Maßnahmen die öffentliche Hand ihre Steuerungsziele in Wirtschaft und Gesellschaft erreichen kann, welche "unintended consequences" auftreten und - ganz im Sinne eines prinzipiengeleiteten Pragmatismus - mit welchen Reformen welche empirisch meßbaren Wirkungen erzielbar sind.¹⁰

In Deutschland verläuft die Stadtdebatte anders und in Berlin wird sie - stellvertretend für andere Städte - besonders heftig geführt; Städtische Themen werden in erster Linie als Architekturdebatte und damit Teil des Feuilletons wahrgenommen. Als Strategie- und Politikdebatte vermögen sie dagegen nur den Kreis der Fachleute zu involvieren (Stadtforum, Wirtschaftsforum). In den Medien wird sie eher in den Worthülsen überkommener, gebetsmühlenartig wiederholter Methaphern geführt, während die Politik am Ende nicht selten alle Argumente beiseiteschiebt, um nach Parteiräson oder subjektiven Erfahrungen zu entscheiden.

Erst im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 wurde ein grundlegender Umbau des Modells Deutschland angemahnt, so z.B. von der Zukunftskommission Bayerns und Sachsens oder von der Friedrich Ebert Stiftung. Im Mittelpunkt standen lange defensive Argumente, z.B. die Sorge über das Ende der Arbeitsgesellschaft, die Gefahren neuer Technologien sowie die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen infolge der Globalisierung. Statt sich auf die Frage zu konzentrieren, wie sich Arbeitsplätze im ersten Sektor schaffen lassen (also nicht nur im zweiten Arbeitsmarkt) wurde die Debatte von der Umverteilung des als prinzipiell begrenzt eingeschätzten Arbeitsvolumens dominiert. Auffällig ist ferner die breite Behandlung der Krise der öffentlichen Finanzen. Daneben erlangten Themen der inneren Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung, des Asylmißbrauchs, des Lohndumpings, des angeblich unberechtigten Bezugs von Sozialleistungen

nen Entwicklung (Stöhr/Bassand), Theorie der innovativen Milieus/Inkubatortheorie (Aydalot/-Keeble/Camagni), Theorie der regionalen Wettbewerbsvorteile (Porter), Regionale Außenhandels-
theorie (Krugman), Transaktionskostentheorie (Williamson/Hakanson), Theorie der nicht handel-
baren räumlichen Wechselbeziehungen (Storper).

¹⁰ In Deutschland gibt es neben den großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute nur wenige policy Forschungsinstitute; ihr Einfluß scheint geringer, da sich ihre Ergebnisse in erster Linie an die Wissenschaft richten. Beispiele sind das WZB, das MPI für Gesellschaftswissenschaften und die Verwaltungshochschule Speyer.

hohe Aufmerksamkeit mit der populistischen Folge, polizeiliche Präsenz zu verstärken. Konträr zu den europäischen Nachbarstaaten, die die Selbstverantwortung des zivilen Bürgers in den Mittelpunkt stellen, wird in Deutschland reflexartig noch immer nach dem steuernden und kontrollierenden Staat gerufen.

Anders verlief die policy-Debatte in den europäischen Nachbarländern: Dort berichten die Medien eher über Themen wie die Privatisierung kommunaler Verwaltungsaufgaben und ihre Überführung in private Dienstleistungen, über den Abbau von Subventionen und die Deregulierung überregelter Rechtsbereiche. Breit diskutiert werden aber auch Modelle der effizienten Organisation "schlanker" Verwaltungen, der Liberalisierung von Gewerbezulassungen und der effizientesten "Job Creation" Strategien. Gern berichtet wird über Fallbeispiele technologieorientierter Neugründungen und deren Finanzierung durch Venture Capital und Modelle zur Ausbildung benachteiligter Jugendlicher und der Integration von Minderheiten. Ganz oben stehen ferner die Chancen des europäischen Binnenmarktes.

5. Defizite der Politik im Querschnitt

Jeder Entwurf einer Strategie, wie den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts begegnet werden kann, setzt eine unvoreingenommene Bestandsaufnahme und umfassende Analyse voraus, bevor Handlungsvorschläge unterbreitet und bewertet werden können.

In diesem Beitrag kann die Analyse allerdings nicht im Mittelpunkt stehen. Dazu wird auf die geradezu unübersehbare Fülle der vorliegenden Studien und Gutachten zu Berlin verwiesen, jedes einzelne in Buchstärke !

Der Fokus künftiger Beiträge sollte auf den Nahtstellen liegen, den Interdependenzen, den Verflechtungen und Wirkungsketten, die ressortübergreifend zu den üblicherweise getrennt betrachten Politikfelder aufscheinen. Das Neue ist an den Schnittstellen, den Übergängen zu vermuten, in der interdisziplinären Analyse mehrerer Politikfelder ¹¹. Die Herausforderungen, vor denen Großstädte wie Berlin an der Schwelle des neuen Jahrtausends stehen, werden bei isolierter Analyse nicht recht deutlich. Um die Probleme Berlins "in den Griff" zu bekommen, reicht die sektorale Betrachtung einzelner Politikfelder nicht aus. Für komplexe Wirtschafts-, Ökologie- und Sozialsysteme ist bezeichnend, daß Politiken, die allein auf ein einzelnes Politikfeld abstellen, nicht selten

¹¹ Von den Umweltwissenschaften könnte Berlin lernen, handelt es sich doch um ein Fach, das ohne die Nachbardisziplinen nicht auskommt. Hier war - früher als in anderen Feldern - erkennbar, daß ein vernetztes, Politikfelder übergreifendes Querschnittsdenken gebraucht wird.

(unbeabsichtigte) Neben- und Folgewirkungen in anderen Politikfelder ausblenden. Diese Verflechtungen und Wirkungsketten ins Blickfeld zu rücken und zu thematisieren, sollte einer der Diskussionsschwerpunkte sein, wenn man über Entscheidungsfelder der Zukunft nachdenkt.

Deutlich treten - quer über mehrere Politikfelder - ungelöste Aufgaben zutage. Einige greife ich heraus:

- a) Berlin besitzt nach wie vor kein ein übergreifendes Leitbild. Damit fehlt es an einer über alle gesellschaftlichen und politischen Kreise der Stadt hinweg breit geteilten Vorstellung zur Zukunft der Hauptstadt, die die dringend erforderliche Orientierungs-, Koordinations- und Motivierungsfunktion erfüllen könnte. Für einzelne Handlungsfelder hat es Ansätze gegeben, ein Leitbild zu formulieren; alle Versuche versandeten als brüchige Fragmente, weil sie sich nicht durchsetzen konnten und deshalb letztlich ohne handlungsanleitende Steuerungswirkung blieben.
- b) Hinter vielen politikfeldspezifischen Defiziten Berlins werden überkommene Mentalitäten vermutet, die als Besitzstandswahrung, Subventionsmentalität und Privilegienerhalt beschreibbar sind. Vieles spricht dafür, daß die seit 1990 radikal veränderten Rahmenbedingungen Berlins noch immer nicht in ihrer vollen Bedeutung wahrgenommen werden.¹² Aber auch die Chancen des globalen Technik- und Strukturwandels werden in Berlin eher defensiv und argwöhnisch gesehen. Nicht zu übersehen ist eine gewisse provinzielle Abschottung und Lethargie, die den Aufbruch behindert. Bei aller Debattenkultur, Berlin scheint merkwürdig stark mit sich selbst beschäftigt. Argumente und Politikentwürfe aus anderen Blickwinkeln, die außerhalb Berlins, sei es in Ost- oder Westeuropa, erdacht und diskutiert wurden, erreichen die Stadt kaum.
- c) Die öffentlichen Förderprogramme (Wirtschaft, Technologie, Arbeitsmarkt, Ökologie, Stadterneuerung, Wohnungsbau, z.T. mit EU Mitteln finanziert) sind durch schrittweise Addition ohne hinreichende Querkoordination unübersichtlich geworden, so daß die Programme nicht selten untereinander konkurrieren. Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern - rechnet nicht nur der ostberliner, sondern auch der westberliner Bürger noch immer mit der Allzuständigkeit des Staates, möglichst als "Rundumbetreuung von der Wiege bis zur Bahre".

¹² Keine Abstriche machen zu wollen, wie es vor allem im Westteil der Stadt zu hören ist: "weiter so, uns ist es doch immer gut gegangen" behindert neues Denken ebenso wie die noch immer spürbare "Mauer in den Köpfen". Klaus Hartung sieht hierin die neue Form der (linken) Konservativität jenseits von Links und Rechts. "Noch immer sitzen viele in den Schützengräben von 1968 ohne wahrzunehmen, daß sich die Front verschoben hat".

- d) Insbesondere in der Wirtschafts- und Technologiepolitik sowie in der Arbeitsmarktpolitik gibt es zahlreiche, jeweils mit kleinen eigenen Fördertöpfen und mit eigener Ressortzuständigkeit ausgestattete Programme, die jährlich vom Rotstift bedroht sind und die dennoch verbissen verteidigt werden. In fast allen Feldern gibt es aber auch außerordentlich interessante experimentelle Ansätze (z.B. Qualifizierungsstrategien der Arbeitsverwaltung, die behutsame Stadterneuerung, der Umweltatlas). Unter diesem Blickwinkel fehlt es Berlin nicht an neuen Konzepten. Zumeist wurden sie bereits im kleinen Maßstab experimentell erprobt und ausgewertet. Das Problem ist: die Erfahrungen mit neuen Ansätzen sind - jenseits eines kleinen Kreises von Fachleuten - oft nahezu unbekannt; sie kommen über das Stadium des Experimentierens nicht hinaus. Selbst positiv evaluierte Ansätze werden nicht breitenwirksam, weil es am politischen Willen fehlt, alte Programme abzuschaffen, um sie durch neue zu ersetzen, sei es weil die Kosten für die öffentliche Hand abschreckend wirken, oder sei es, weil dazu Besitzstände beschnitten werden müßten.
- e) Die immer wieder angekündigte Verwaltungsreform ist überfällig, wobei darunter mehr zu verstehen ist, als die Verringerung der Zahlung der Bezirke. Die Verwaltung mit ihrer Zersplitterung der Zuständigkeiten zwischen konkurrierenden Senatsverwaltungen einerseits, dem Senat und den Bezirken andererseits sowie Berlin und Brandenburg dritterseits ist ein Anachronismus und eines der Hauptprobleme in allen Politikfeldern. Gefangen in einem überkomplexen, überregelten und inzwischen unübersichtlichen Rechts- und Zuständigkeitsnetz, sind auch Beamte gefangen, die besten Willens sind. Abgesehen von kleinen Veränderungen wurden umfassende Konzepte zur Verwaltungsvereinfachung in der Praxis noch nicht versucht. Die nicht umgesetzte Verwaltungsreform schädigt Berlin.
- f) In Politik und Verwaltung sind erhebliche Implementationsdefizite erkennbar. Der Politik fehlen oft nicht so sehr die Konzepte, die Politik scheitert eher in der praktischen Umsetzung. Über die Ursachen der Implementationshindernisse und die Dynamik der sich wechselseitig verstärkenden administrativen Restriktionen ist - trotz zahlreicher Fachgutachten - wenig bekannt und kaum geforscht worden. De facto interveniert der Senat an zu vielen Stellen, dies aber oft mit völlig unzureichenden Ressourcen und Instrumenten, so daß - gemessen an den Ergebnissen der Politik - politische Untersteuerung vorherrscht. Statt sich auf wenige Parameter zu konzentrieren und diese mit effektiven Mitteln anzugehen, versucht sich die Politik auf zu vielen Feldern, ohne allerdings über entsprechende Instrumente (und Finanzmittel) zu verfügen, mit denen sie den sich kumulierenden Erwartungen gerecht werden könnte. Die Politik überfordert sich und riskiert ihre Wirkungslösigkeit. Sie bleibt Stückwerk, indem sie sich in rivalisierenden Ansätzen verzettelt, die - jeweils für sich - unterfinanziert sind und deshalb zu kurz greifen.

- g) Wissenschaft und Kultur gelten - üblicherweise - als Pluspunkte des Standortes Berlin. Künstlerische Vielfalt und geisteswissenschaftliche Produktivität sind Stärken Berlins. Die erste auffallende Schwäche Berlins ist die geringe Verknüpfung von Wissenschaft und heimischer Wirtschaft; die oft hochspezialisierten Forschungseinrichtungen Berlins sind an der Umsetzung in anwendungsbezogenes Wissen wenig interessiert; stärker als die regionalen Vernetzung, sind oft die überregionalen fachlichen Kontakte; d.h. die örtlichen Unternehmen werden eher übersprungen. Auch die Hochschulen haben Defizite. Die curriculare Modernisierung der in der Lehre zu vermittelnden Stoffe, hängt zurück. Geforscht wird nicht immer auf internationalem Standard. Vor allem fehlt es am fachübergreifenden Blickwinkel und an interdisziplinärer Forschung. Die Politik des Rotstifts hinterläßt gerade in den beiden Politikfeldern, in den Hochschulen und in der Kultur, katastrophale Spuren. In diesen beiden, für Berlins Weg in die Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft entscheidenden Politikfeldern, die Innovationen, Kreativität und neues Denken forcieren könnten, versagt Berlin. Die Universitäten schneiden in den "rankings" keineswegs gut ab; sie liegen eher im Mittelfeld und schon heute zeigt sich bei genauerem Hinsehen, daß das know how der Region - anders als in der Selbstdarstellungen des Senats - unzureichend ist. Mit der geplanten Reduzierung der Studentenzahlen, den Kürzungen der Bibliotheken, den versäumten Reformen des Schulwesens, der unzureichenden beruflichen Erst- und Weiterbildung schädigt Berlin seine ohnehin schon angeschlagene Wissensbasis. Kürzungen der Kultur entziehen ihr zudem das Ferment zur Umgestaltung und zur mentalen Modernisierung.

6. Fazit

Städte und Regionen, deren Basis auf der Generierung von Wissen, auf wissensintensiven Präzisionsproduktionen und auf den zugehörigen produktbegleitenden Dienste aufbauen, haben gute Chancen im 21. Jahrhundert, zumal wenn sie auch als Entscheidungszentren (Wirtschafts- und Finanzzentren, kulturelle Zentren, Regierungszentren) und als internationale Handelszentren fungieren, in denen sich der internationale Dienstleistungsaustausch fokussiert und die zu weltoffenen Knoten des grenzüberschreitenden Kultur- und Wissensaustausches werden. Ferner stehen Stadtregionen gut da, die von der Natur bevorteilt sind, weil ihnen eine besonders attraktive abwechslungsreiche Landschaft gegeben wurde, die mit diesen Landschaftspotentialen verantwortungsbewußt, schonend und vorsichtig umzugehen verstehen und die ihre Umweltprobleme "im Griff" haben. Die Menschen ziehen gerne hierher und je höher der Ausbildungsstand, desto größeren Wert legen sie auf eine abwechslungsreiche, intakte Landschaft, die keine oder nur geringe Umweltschäden aufweist.

Berlin und mit ihr das sie umgebende brandenburgische Umland schneiden in jeder Beurteilung der Potentiale gut ab. Berlin und Brandenburg haben zusammen die Möglichkeit, im 21. Jahrhundert zu den führenden Stadtregionen zu zählen. Ob es die Region allerdings versteht, daraus mit Umsicht und Weitsicht Vorteile zu ziehen, das hängt von den örtlichen Akteuren ab.

Die Stärken der Region Berlin-Brandenburg sind nicht so zu verstehen, daß Zukunftsfähigkeit ein Selbstläufer sei und sich quasi von allein einstellt. Nein, es kommt entscheidend darauf an, daß Berlin und Brandenburg zusammen ihre komplementären Stärken nach einem tragfähigen Gesamtkonzept entwickeln, also aktiv steuern und die Schwächen abfedern bzw. sanieren.

Erinnert sei daran, daß Berlin (und Westdeutschland insgesamt) angesichts der weltweit höchsten Lohn- und Lohnnebenkosten im internationalen Wettbewerb nur bestehen kann, wenn es der Stadt - zusammen mit ihrem Umland gelingt, die nicht aufzuhaltende Welle der Abwanderung einfacher, lohnintensiver Fertigungen in Niedriglohnländer durch laufende Innovationen und ständige Erneuerung der Wissensbasis zu ersetzen, sei es in technologischer, aber ebenso auch in geisteswissenschaftlicher und künstlerischer Hinsicht.

Folgt man der von Robert Reich, dem Arbeitsminister der ersten Clinton Administration, in seinen Lehrveranstaltungen an der Harvard University vorgeschlagenen Klassifizierung aller Produkte und Dienstleistungen nach ihrem know how und Technologiegehalt, so ergibt sich eine Technologiepyramide, deren unteres Drittel (technologisch ausgereifte, einfache, lohnintensive Fertigungen) durch Verlagerung in Niedriglohnländer akut bedroht ist und allmählich verlieren wird, während - revolvierend - Ersatz nur im obersten Drittel technologieintensiver High Tech und Präzisionsprodukte, mit hohem produktbegleitendem Dienstleistungsanteil zu erwarten ist. Nur durch Wissen und konsequente Innovationen ist jener Vorsprung zu halten, der die Lohnstückkosten sinken läßt und die Zahlung überdurchschnittlicher Löhne ermöglicht. In den USA - wie auch in den europäischen Nachbarländern, hat die Politik diese Lektion begriffen. Die angelaufene Modernisierung und Erneuerung des Schul- und Ausbildungswesens in den USA spricht für sich.

Die Chancen nachwachsender Arbeitsplätze, die Robert Reich skizziert, gelten auch für Berlin: Durch Export und internationale Verflechtung könnte die Technologiepyramide sowohl in ihrer Höhe wie ihrer Breite wachsen, so daß sich ein neues Gleichgewicht der Arbeitsteilung zwischen den reichen und den sich industrialisierenden Ländern einpendelt. Während die einen die lohnintensive Fertigung technologisch standardisierbarer einfacher Produkte übernehmen, spezialisieren sich andere auf das mittlere und obere

Segment. Indem die Technologiepyramide insgesamt an Volumen gewinnt, könnten die unvermeidbaren Arbeitsplatzverluste im unteren Drittel kompensiert werden.

Diesem mit wenigen Strichen skizzierten Modell der internationalen Innovationsdynamik, kann sich bei globalisierten Märkten weder Berlin noch andere Stadtregionen entziehen. Es ist deshalb nicht zuletzt eine Frage des Tempos, in dem es die Region Berlin-Brandenburg schafft, sich auf neue Herausforderungen einzustellen ... und gerade im Hinblick auf Schnelligkeit verdient Berlin keine guten Noten.¹³

Berlin hat gar keine andere Wahl, als - im Verbund mit seinem Umland - ein Ort der permanenten Kreativität und Vorreiter der Wissensproduktion zu werden, wobei Innovationen nicht eng als technologische Innovationen, sondern zugleich als gesellschaftliche, politisch-administrative und kreativ-künstlerische zu verstehen sind. Dies ist die entscheidende Herausforderung, an der sich die Zukunftsfähigkeit der Region entscheidet. Qualifiziertes Humankapital ist die Voraussetzung dafür.

Ein zu langsames Tempo des Strukturwandels, Defizite der regionalen Wissensbasis, mangelnder mentaler Veränderungswille, fehlende internationale Ausrichtung und zunehmende Migrationsbarrieren, unzureichende Neugründungszahlen wettbewerbsfähiger Unternehmen und zu geringe Jahresquoten neuer Arbeitsplätze, soziale Fragmentierung und Ausgrenzung benachteiligter sozialer Gruppen, insbesondere Jugendlicher, Frauen und Ausländer sowie halbherzige ökologische Reformen verstärken sich wechselseitig und prägen den Problemstau Berlins.

Das gravierendste Defizit der Berliner Politik scheint aber die mangelnde Bereitschaft zu sein, die Chancen der globalen Veränderung für Berlin zu ergreifen und die Zukunft der Stadt kompetent und selbstbewußt zu gestalten.

Berlins Schwächen im wirtschaftlichen Strukturwandel und bei den gesellschaftlichen Innovationen haben ihre Wurzel letztlich bei Defiziten des Humankapitals. Berlin wieder zum Vorreiter auf möglichst vielen Gebieten zu machen (centers of excellence), hätte die Maxime schon seit Jahren lauten müssen. Die heutigen Strukturprobleme sich auch als Ergebnis der verschleppten Reformen im Schul- und Bildungsbereich (berufliche Aus- und Fortbildung), an den Universitäten und in der industriellen Forschung zu interpretieren. Sie werden schließlich durch die geplante Reduzierung der Studentenzahlen noch verstärkt.

¹³ Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die 1997 vorgestellten Befunde des DIW zu den geringen Forschungs- und Innovationsaufwendungen Berliner Unternehmen, die weit hinter denjenigen süddeutscher Unternehmen zurückbleiben.

Ähnlich kontraproduktiv wirkt die z.Zt. eher auf Beschneidung statt Förderung ausgerichtete Kulturpolitik. Kunst und Kultur können so ihre (Neben-)Funktion als Bühne experimentellen Denkens, des internationalen Austauschs und der Erprobung neuer kultureller Normen nur unzureichend wahrnehmen. Neues technisches und geisteswissenschaftliches Wissen diffundiert nicht schnell genug in gesellschaftliche Institutionen und Wirtschaftsunternehmen. Berlin zu einem der wenigen kreativen Knoten der Wissensgesellschaft in Europa zu machen, bleibt eine unausgeschöpfte Hoffnung.

Ein zweites: Berlin hat es bis 1933 immer verstanden, sich know how von außen zu holen, dieses schnell zu integrieren und sich dadurch zu verjüngen. Nicht zuletzt dank Preußens liberaler Politik gegenüber Verfolgten und der metropolitanen Offenheit der Berliner Großstadtgesellschaft, die neugierig auf neue Ideen war, konnte Berlin zur dynamischsten Großstadt des Deutschen Reichs aufsteigen. Auch seit 1990 kommt ein neuer Schub an hochqualifizierten Leuten in die Stadt, Manager und Dienstleister aus dem Westen sowie mobile oft gut ausgebildete Fachleute aus dem Osten und noch immer akzeptieren viele Berliner diese Neuankömmlinge erfreulicherweise schnell.

In der Politik allerdings fehlt es am erforderlichen Konsens, über alle Parteigrenzen hinweg anzuerkennen, daß Berlin wieder eine Einwandererstadt ist und daß die aus dem Westen ebenso wie die aus dem Osten zuziehenden Menschen nicht nur notwendig, sondern höchst willkommen sind. Sie sind es in erster Linie, die das Potential für Veränderungen mitbringen, um überkommene Mentalitäten und politische Verkrustungen in Berlin zu korrigieren und zunehmend international offene Einstellungen in die Stadt zu tragen.

Als Ost-West Drehscheibe kann Berlin sich nicht dynamisch entwickeln, solange es kein Einwanderungsgesetz gibt und sich die Stadt weiter gegen Ausländer abschottet, solange Berlin nicht seinen Vorteil als Ort der internationalen Reibung und des grenzüberschreitenden Ideenaustausches auch über die beispielgebenden Institutionen (Wissenschaftskolleg, American Academy) hinaus wahrnimmt. Fehlende Liberalität und Offenheit der Politik behindern die Entwicklung Berlins zum Ost-West Metropole. Angesichts des - leider - weitgehenden Desinteresses der Berliner am Aufbau Osteuropas, kommen primär die gut ausgebildeten, mobilen, aufstiegsorientierten Zuwanderer aus Osteuropa als Träger für Ost-West Dienstleistungen und zum Aufbau des grenzüberschreitenden Handels in Betracht. Die Politik hat sich noch nicht darauf eingestellt, daß hier erhebliche Potentiale für Unternehmensgründungen und neue Arbeitsplätze bestehen. Mit ihrer Politik der geschlossenen Grenzen verfehlt Berlin (und Deutschland) die Ziele der Arbeitsplatzgenerierung. Infolgedessen werden aber auch den Sozial- und Rentenversicherungsträgern mögliche künftige Beitragszahler fehlen; die Beitragssätze steigen, was sich

wiederum negativ auf den Arbeitsmarkt auswirkt und die kommunalen Kassen durch vermehrte Sozialhilfekosten belastet.¹⁴

Vom kosmopolitischen Gemisch an Nationalitäten und Kulturen leben London, Paris, Marseille, Barcelona, Rom und - vor allem - New York. Der ständige Zustrom der besten Köpfe und die Aufnahme der Neuankömmlinge sind das Ferment, das den Städten hilft, sich zu modernisieren. Nicht selten wächst aus ihrer Mitte binnen einer bis zwei Generationen die neue Führungsschicht nach. Eine liberale Migrationspolitik mit dem Ziel, verfolgten Menschen eine neue Heimat zu geben und insbesondere den energiegeladenen, aufstiegsorientierten und gut ausgebildeten unter ihnen zu helfen, sich als Handwerker, Händler, Industrielle, Wissenschaftler, Freiberufler oder Künstler eine Existenz aufzubauen, sollte eines der vorrangigen politischen Ziele sein, so wie sie Preußens Aufstieg vor 200 Jahren entscheidend vorangebracht hat. Nicht wenige unter Berlins Politiker glauben, darauf verzichten zu können und den notwendigen Wandel allein gestützt auf die jahrzehntelange durch Subventionen und staatlicher Vollversorgung träge und süchtig gewordenen Alt-West-Berlinern schaffen zu können.

Berlin tut dagegen, was den Berliner Politikern am nächsten liegt: Berlin baut zunächst einmal die Stadt um und feiert sich dabei selbst, wie jüngst bei der Eröffnung des Potsdamer Platzes. Das soll nicht geringgeschätzt werden, schafft die Stadt damit doch die baulichen Hüllen für Ministerien, Verbände, Medien, Industrieverwaltungen und innovative Dienstleister. Besser wäre es allerdings, nicht nur in Beton, Glas und Stahl zu investieren, sondern gleichermaßen auch in Köpfe !

Gebraucht wird eine große Koalition der Ideen, um ein Stichwort Warnfried Dettlings aufzugreifen, nicht nur eine große Koalition zur Sanierung des Haushalts. Die Hoffnung mit über 200 Mrd. DM an Bauinvestitionen und mit dem Regierungsumzug für das 21. Jahrhundert gerüstet zu sein, ist genauso trügerisch, wie darauf zu spekulieren, daß sich

¹⁴ Zudem hat Berlin ein weiteres nicht erkannt: aufgrund von Zuzugsbegrenzungen fehlen der Wohnungspolitik künftig jene Haushalte, die in künftig in die Problembestände der Großsiedlungen (leerstehende Platten- und Sozialbauwohnungen) nachziehen könnten, wie dies in Westdeutschland stets der Fall war. Daß die besserverdienenden Mittelschichtshaushalte die Plattenwohnungen nach und nach verlassen und mit dem Ziel Eigentumsbildung ins brandenburger Umland abwandern werden, wird Berlin nicht aufhalten können, handelt es sich doch um einen andernorts seit Jahrzehnten völlig "normalen" Prozeß der Stadtrandwanderung, der nun auch die Region Berlin nachholend erfaßt. Gravierend ist, daß durch verhinderte Zuzüge aus Osteuropa de facto den städtischen Wohnungsbaugesellschaften die dringend erforderlichen nachrückenden Mieterhaushalte entzogen werden; Leerstände sind vorprogrammiert; die Sanierung der Plattensiedlungen bleibt - da Berlin den Mietausfall nicht öffentlich subventionieren kann - auf halbem Wege stecken. Dies kann neue soziale Spannungen unter der verbleibenden Restbevölkerung erzeugen. Städtebauliche Problemquartieren entstehen, vor allem dort, wo diese durch Lärm und Luftverschmutzung zusätzlich belastet sind oder ihnen die architektonische Attraktivität fehlt. Es greift ein Prozeß der selektiven Ausdünnung und Kümmernutzung, wie dies Ulrich Pfeiffer nennt.

Berlin aufgrund seiner neuen geopolitischen Lage quasi von allein in seine erträumte Rolle als Ost-West Drehscheibe katapultieren könne.

Ohne Wissensbasis, ohne liberale Offenheit, ohne die "besten Köpfe" aus dem In- und Ausland in die Stadt zu holen, ohne gravierende, auf Langfristigkeit angelegte Modernisierungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik droht Berlin seine historische Chance zu verspielen, die sich der Stadt mit der deutschen Vereinigung eröffnete. Berlin ist in Gefahr, weder die Standards internationaler Wettbewerbsfähigkeit, noch den Abbau der Arbeitslosigkeit, noch sozialen Ausgleich, noch die Vorgaben der nachhaltigen Verbesserung der Umwelt einzulösen. Eine zivilgesellschaftliche Umgestaltung für das 21. Jahrhundert erscheint unter diesen Bedingungen unwahrscheinlich.